7. Züchtigungsrecht des Lehrers in Schleswig-Holstein. Ist die Schulaufsichtsbehörde zur Ermächtigung des Direktors einer Lehranstalt befugt, einem Lehrer unter Umständen das Züchtigungsrecht zeitweise zu entziehen? Unterliegt im Falle einer solchen Entziehung wegen einer demungeachtet vorgenommenen Züchtigung der Lehrer nur einer disziplinarischen Rüge oder dem Strafgesetze?

St.G.B. §§. 223, 340.

Vgl. Bd. 15 Nr. 117.

III. Straffenat. Ur. v. 18. April 1887 g. B. Rep. 490/87.

I. Strafkammer bei dem Amtsgerichte Spehøe.

Aus den Gründen:

Das von der Anklage aus §§. 340, 223 St.G.B.'s freisprechende Urteil wird von der Staatsanwaltschaft mit Grund angefochten.

Der Angeklagte, Ordinarius der Quinta am Realprogymnasium zu M., hat — wie festgestellt — am 18. August seinem Schüler, dem Knaben S., bei Gelegenheit des „Nachsitzens“ bezw. der Fertigung von Nacharbeiten mit dem dünnen Ende eines fingerdicken Spazierstockes von spanischem Rohr Schläge über die Schulter erteilt; etwa zwei Schläge haben infolge der Bewegungen des Knaben dessen

linken Arm getroffen. Die ärztliche Besichtigung ergab eine Anzahl dunkel gefärbter Flecke auf dem Rücken, besonders auf den Schulterblättern, auch am linken Arme des Knaben; sie ließen nach dem ärztlichen Gutachten mit hoher Wahrscheinlichkeit auf eine sehr schmerzhafte Züchtigung schließen. Abgesehen von den noch einige Zeit empfundenen Schmerzen sind nachteilige Folgen für die Gesundheit des Knaben nicht eingetreten.

Der erste Richter nimmt an, daß die Handlung des Angeklagten die Merkmale einer Körperverletzung enthalte; er spricht jedoch frei, weil die Verletzung in Ausübung des dem Lehrer seinen Schülern gegenüber gewohnheitsrechtlich zustehenden Züchtigungsrechtes erfolgt und eine aus Vorsatz oder aus Fahrlässigkeit stattgefundene Überschreitung dieses Rechtes nicht erwiesen sei; die Handlungsweise des Angeklagten ermangele der Rechtswidrigkeit. Zwar sei dem Angeklagten im Mai 1886 durch den Rektor des Gymnasiums, auf Grund einer durch Reskript des Königl. Provinzial-Schulkollegiums vom 3. Mai 1872 den Direktoren der höheren Lehranstalten erteilten Befugnis, das Recht zur Ausübung körperlicher Züchtigung „bis auf weiteres“ entzogen worden; diese Entziehung erscheine jedoch lediglich als ein innerer, die strafrechtliche Beurteilung nicht beeinflussender Akt der Schulbehörde; die Grenzen des bestehenden Züchtigungsrechtes könnten durch Bestimmungen der Verwaltungsbehörden höchstens im Wege allgemeiner Anordnungen bezeichnet werden, eine individuelle Beschränkung oder Entziehung aber vermöge keinesfalls eine andere Wirkung zu üben als eine disziplinarische Ahndung etwaiger Zuwiderhandlungen.

Diese Art der Begründung erachtet die Revision zutreffend als rechtsirrig; sie läßt sich nicht vereinigen mit den Grundsätzen, von welchen das Reichsgericht bei Entscheidung solcher Fälle in betreff der Strafbarkeit der von einem Lehrer unter Überschreitung des Züchtigungsrechtes zugefügten Mißhandlungen ausgegangen ist.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straßf. Bd. 2 S. 10 flg.; Bd. 5 S. 129, 193; Bd. 9 S. 302, auch das reichsgerichtliche Urteil vom 30. Juni 1881 gegen Pf. (Rep. 1601/81).

Für die Beurteilung, ob den Lehrern ein Züchtigungsrecht, bezw. in welchen Grenzen, zusteht, ist das Landesrecht maßgebend.

Die alte Schulordnung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein vom 24. August 1814,

vgl. Chronologische Sammlung der Verordnungen v. 1814 S. 11, enthielt bezüglich der Schulzucht im §. 24 nur die Vorschrift: Die Strafen seien möglichst so einzurichten, daß sie die Schädlichkeit des Unfleißes und jeder Unart fühlen ließen.

Das für den Umfang der preussischen Monarchie erlassene Gesetz vom 11. März 1872 (G.S. S. 183) bestimmt im §. 1: Die Aufsicht über alle öffentlichen und Privatunterrichts- und Erziehungsanstalten steht dem Staate zu; alle mit dieser Aufsicht betrauten Behörden und Beamten handeln im Auftrage des Staates.

Die Aufsichtsbehörde für den preussischen Staat ist das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- u. Angelegenheiten; die Aufsichtsbehörden für die Provinzialverwaltung sind die Provinzial-Schulkollegien.

Vgl. Wiese, Verordnungen für die höheren Schulen in Preußen, 3. Ausg., Bd. 1 S. 6 flg.

Das Provinzial-Schulkollegium für Schleswig-Holstein zu Kiel hat am 3. Mai 1872 eine allgemeine Verfügung erlassen, betreffend die Ordnung des Strafverfahrens an den höheren Lehranstalten.

Vgl. Wiese a. a. O. S. 363.

Darin ist vorgeschrieben: die körperliche Züchtigung dürfe nur in den unteren Klassen, und zwar nur von den ordentlichen Lehrern angewendet werden; doch könne auch diesen die Befugnis dazu zeitweise durch den Direktor der Anstalt entzogen werden, wenn die Strafe zu häufig ausgeübt werde oder gar in Mißhandlungen ausarte.

Dem Angeklagten ist diese Befugnis durch die Verfügung des Direktors vom 25. Mai 1886 bis auf weiteres entzogen worden.

Hiernach mag zwar (mit dem Vorrichter und der Beschwerde) angenommen werden, daß in der Provinz Schleswig-Holstein den Lehrern an den öffentlichen Schulen im allgemeinen ein Züchtigungsrecht zusteht. Aber dasselbe besteht nur als eine Amtsbefugnis, also nur innerhalb der festgestellten Schranken, und ist bezüglich der höheren Lehranstalten durch die Verfügung der Aufsichtsbehörde auf die unteren Klassen begrenzt. War eine solche Begrenzung zweifellos statthaft, so ist nicht abzusehen, weshalb die Behörde nicht auch mi-

gleicher Wirksamkeit noch eine weitere Beschränkung innerhalb der unteren Klassen anordnen konnte. Eine solche Beschränkung ist die den Direktoren allgemein übertragene Befugnis, unter Umständen den Lehrern das Züchtigungsrecht zeitweise zu entziehen. Hat eine solche Entziehung auf Grund der allgemeinen Ermächtigung stattgefunden, so kann der betreffende Lehrer doch nicht für befugt erachtet werden, trotzdem unbeirrt weiter zu züchtigen, frei von jeder strafrechtlichen Verantwortlichkeit, lediglich einem Disziplinarverfahren unterliegend. Jede nach Entziehung des Züchtigungsrechtes vor Wiederverleihung desselben bewußt vorgenommene körperliche Züchtigung ist eine unberechtigte, ist eine rechtswidrige Körperverletzung im Sinne der §§. 340. 223 St.G.B.'s. Die im angefochtenen Urteile getroffene Unterscheidung erscheint daher als haltlos. Die Verneinung der objektiven Rechtswidrigkeit der Handlungsweise des Angeklagten entbehrt der Begründung. Die Schutzeinrede des Angeklagten, er habe geglaubt, daß ihm das Züchtigungsrecht vom Direktor wieder verliehen sei, ist nicht zur Beurteilung gezogen.

Daraus folgt die Aufhebung der Entscheidung.